

Frondel, Manuel

Research Report

Kann die Zustimmung zum Bau neuer Stromtrassen erkaufte werden?

RWI Impact Notes

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Frondel, Manuel (2018) : Kann die Zustimmung zum Bau neuer Stromtrassen erkaufte werden?, RWI Impact Notes, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/196552>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kann die Zustimmung zum Bau neuer Stromtrassen erkaufte werden?

Eine aktuelle RWI-Studie zeigt: Finanzielle Anreize erhöhen die Zustimmung zu Stromtrassen nicht unbedingt, sie können sogar kontraproduktiv wirken

Um die Energiewende zu schaffen, muss Windstrom vom Norden in den Rest des Landes transportiert werden. Die Mehrheit der Deutschen hat zwar prinzipiell nichts gegen den dafür notwendigen Netzausbau. Sobald die Stromtrasse aber vor der eigenen Haustür verlegt werden soll, regt sich vielerorts Protest. RWI-Forscher haben jetzt herausgefunden: Geldzahlungen an die angrenzenden Kommunen ändern nichts an den Zustimmungsraten zu Stromtrassen. Bekämen die Bürger selbst 100 bis 250 Euro pro Jahr vom Staat angeboten, kann das sogar negative Auswirkungen auf ihre Zustimmung zu Stromtrassen vor der eigenen Haustür haben.

Finanzierung: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Kopernikus-Projekts ENavi und des Projekts AKZEPTANZ, Kontakt: Prof. Dr. Manuel Frondel ✉ frondel@rwi-essen.de

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

Zahlungen an Gemeinden ändern nichts an der Zustimmung der Gemeindeglieder zum Bau einer Stromtrasse in ihrer Region.

Bekämen nicht die Kommunen, sondern die Bürger selbst 100 bis 250 Euro vom Staat angeboten, kann das sogar negative Auswirkungen auf ihre Zustimmung zu Stromtrassen vor der eigenen Haustür haben.

Wie haben die RWI-Forscher die Zustimmung zu hypothetischen neuen Stromtrassen untersucht?

Die Mehrheit der Deutschen hat nichts gegen einen Netzausbau. Sobald die Stromtrasse aber vor der eigenen Haustür verlegt werden soll, regt sich vielerorts Protest. Sollte der Staat auf finanzielle Anreize setzen, um die Zustimmung zum Bau neuer Trassen zu erhöhen? Forscher des RWI haben die Wirkung von Zahlungen dieser Art untersucht. Dazu fragten sie mehr als 10.000 Bürger des Haushaltspanels des Marktforschungsinstituts forsa, ob sie für oder gegen den hypothetischen Bau einer Stromtrasse in der Nähe ihres Wohnortes stimmen würden. Einem zufällig ausgewählten Drittel der Befragten wurde eine private Zahlung von 100, 250 oder 500 Euro pro Jahr in Aussicht gestellt. Einem anderen Drittel wurde mitgeteilt, die Gemeinde würde eine entsprechende Zahlung erhalten. Dem übrigen Drittel wurden gar keine finanziellen Anreize geboten.

Können finanzielle Anreize die Zustimmung der Anwohner zum Bau neuer Stromtrassen erhöhen?

Die Wissenschaftler kamen zu einem – auf den ersten Blick – überraschenden Ergebnis: Die Ankün-

digung finanzieller Zahlungen in Höhe von 100 und 250 Euro ließ die Zustimmungsraten zum hypothetischen Bau von Stromtrassen im Vergleich zu den Haushalten der Kontrollgruppe leicht sinken. Bei einer Zahlung von 500 Euro sank sie nur marginal. Angekündigte Zahlungen an die Gemeinde änderten die Zustimmungsraten nicht. Der geschätzte negative Effekt bei finanziellen Angeboten an Privatpersonen kann zwei Gründe haben. Erstens sinkt die intrinsische Motivation, im Sinne des Gemeinwohls zu handeln, wenn man Geld für diese gute Tat bekommt. Zweitens interpretierte ein Drittel der Befragten die finanziellen Anreize als Zeichen dafür, dass Stromtrassen Risiken bergen: Sie gaben an, dass die finanziellen Angebote sie auf mögliche negative Folgen der Stromtrasse aufmerksam gemacht hätten.

Wieso sind viele Bürger gegen Stromtrassen vor ihrer eigenen Haustür?

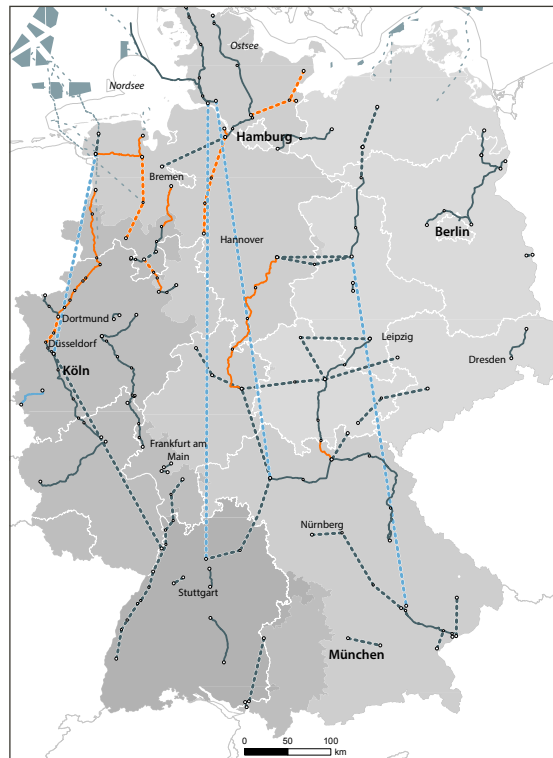
Ein Großteil der Befragten gab an, gegen Stromtrassen zu sein, weil diese die Landschaft verschandeln. Auch frühere Studien haben gezeigt, dass ästhetische Gründe bei Stromtrassen-Gegnern eine wichtige Rolle spielen.








Quellen

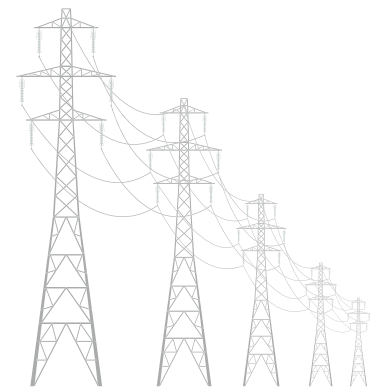
Simora, Frondel, Vance (2018):
Does Financial Compensation
Increase the Acceptance of Power
Lines? Evidence from Germany.
Ruhr Economic Paper #742.
Online: <http://www.rwi-essen.de/publikationen/ruhr-economic-papers/915/>



Geplante Hochspannungstrassen in Deutschland





-  Erdkabel
-  Erdkabel-Pilotprojekt
-  Freileitung/Seekabel
-  Start- und Endpunkt
-  Netzverknüpfungspunkt
-  Offshore-Windparkcluster
-  Offshore-Anbindungsleitungen



<https://www.netzausbau.de/leitungsvorhaben/de.html>

Quelle: © GeoBasis-DE / BKG 2018, © Übertragungsnetzbetreiber, Stand: 28.06.2018

Handlungsempfehlungen

-  Bund, Länder und Kommunen sollten Anwohner frühzeitig und transparent über Bauprojekte wie Stromtrassen informieren – und die Bürger in die Planung einbinden.
-  Weitere Studien sollten herausfinden, ob sich mit höheren finanziellen Anreizen die Zustimmung eventuell verbessern ließe.

Herausgeber:

RWI - Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstr. 1-3
45128 Essen/Germany
Fon: +49 (0) 201-8149-0

Redaktion:
Julian Rodemann
Katja Fels

Layout und Design:
Daniela Schwindt
Magdalena Franke

© RWI September 2018